

Städtebund begrüßt Dieselnachrüstung

Forderung nach besserem ÖPNV

Hannover. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund hat die von der Bundesregierung ins Auge gefasste Nachrüstung älterer luftverschmutzender Dieselaautos begrüßt. Nötig sei allerdings auch ein besserer öffentlicher Nahverkehr überall auf dem Land, damit es dort eine Alternative zum Auto gebe, wo lange Fahrstrecken zurückgelegt würden, sagte der Sprecher des Städte- und Gemeindebundes, Thorsten Bullerdiek, am Sonntag.

„Daher fordern wir den Bund auf, in die Verbesserung der Mobilität auf dem Land zu investieren.“ Dies entlaste mittelfristig auch die Großstädte, da das Wohnen auf dem Land attraktiver werde. „Wenn wir es schaffen, die Mobilität auf dem Land schadstoffarm zu verbessern, dann lösen wir gleich zwei Probleme.“

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hatte am Freitag im Kampf gegen Luftverschmutzung und Fahrverbote für ältere Dieselaautos über die laufenden Software-Updates hinaus Nachbesserungen angekündigt. Außerdem will der Bund über neue Anreize für Besitzer älterer Diesel nachdenken, damit diese auf neue und sauberere Modelle umsteigen. Seit Monaten ist umstritten, ob die Abgasreinigung älterer Diesel nicht nur über die Motor-Software, sondern auch durch Umbauten direkt an Motor und Abgasanlage nachgerüstet werden soll.

Hintergrund der Debatte ist, dass in vielen deutschen Städten Fahrverbote für Dieselwagen drohen, weil die Luft zu stark mit gesundheitsschädlichen Stickoxiden belastet ist. In Hamburg sind auf zwei Teilstrecken Verbote bereits in Kraft, in Stuttgart soll es zum Jahreswechsel Fahrverbote geben und nach einem Gerichtsurteil drohen diese auch in Frankfurt. Wegen einer zu hohen Luftverschmutzung klagt die Deutsche Umwelthilfe auch gegen die Stadt Hannover, eine Entscheidung gibt es noch nicht.

Insgesamt könnten 1,3 Millionen Pkw in Deutschland einer Schätzung zufolge von Fahrverboten für ältere Diesel betroffen sein. Das geht aus der Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor. Bei diesen Zahlen sind allerdings Pendler nicht berücksichtigt, die aus dem Umland in die Städte fahren. Zudem müssten Verwaltungsgerichte in allen betroffenen Kommunen ein Fahrverbot wegen zu hoher Schadstoffwerte billigen.

Nach Angaben des Verkehrsministeriums sind in den 43 am stärksten mit Stickoxid belasteten Städten rund 475 000 Autos mit der Abgasnorm Euro 4 zugelassen. Mit der neueren Euro-5-Norm fahren dort demnach etwa 840 000 Fahrzeuge.

